



SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS
Fraktion im Rat der Samtgemeinde Neuenkirchen

SPD Fraktion im Rat der Samtgemeinde Neuenkirchen c/o
Daniel Schweer, Konrad-Adenauerstr. 28, 49586 Neuenkirchen

An
- Die Presse

SPD Fraktion im Rat der Samtgemeinde
Neuenkirchen
Stellv. Vorsitzender:

Daniel Schweer
Konrad-Adenauerstr. 28
49586 Neuenkirchen

Tel. 05465/439
Mobil: 0160/822 0 439
e-Mail: daniel-schweer@osnanet.de

Neuenkirchen, den 03. Januar 2020

CDU lehnt Einführung eines Anregungs- und Ereignismanagement als App ab - Union sträubt sich erneut gegen niedrigschwellige Angebote

Neuenkirchen

In der Dezember-Sitzung des Neuenkirchener Samtgemeinderats beantragte die SPD-Fraktion die Einführung eines Anregungs- und Ereignismanagement als App für mobile Endgeräte. Der erste Anlauf für die Einführung einer solchen App war wegen der nicht möglichen Kompatibilität zu den von der Verwaltung genutzten Systemen nicht weiter verfolgt worden. Nun jedoch sollte die Verwaltung beauftragt werden, im Rahmen der Etablierung der Software „Open Rathaus“ ein interaktives Anregungs- und Ereignismanagement für mobile Applikationen einzuführen. Hierzu sollte die Verwaltung mit dem Anbieter entsprechende Zielvereinbarungen treffen und den Rat entsprechend über den Sachstand informieren.

Der Antrag der SPD-Fraktion wurde mit den Stimmen der CDU-Mehrheitsfraktion angelehnt. Obwohl bereits bei der Präsentation der „Open-Rathaus“-Software während der Ratssitzung deutlich wurde, dass diese vor allem im Bereich des Ideen- und Beschwerdemanagements nicht gerade Benutzerfreundlich ist, ließ sich die Union nicht auf den Vorschlag der SPD-Fraktion ein. „Die Union hat mit dieser Ablehnung erneut gezeigt, dass sie was Innovationen im Bereich Bürgerservice angeht noch nicht im 21. Jahrhundert angekommen ist“ so der SPD-Fraktionsvorsitzende Daniel Schweer.

„Die Ablehnung der Samstagöffnung des Rathauses vor einem Jahr und nun die Ablehnung der von der SPD ebenso beantragten APP zeigt, dass der Mehrheitsfraktion niedrigschwellige Angebote für Bürgerinnen und Bürger nicht gelegen sind. Mit fadenscheinigen Argumenten wie den Kosten für eine solche APP, die aber von Seiten der Verwaltung nicht mit Zahlen hinterlegt werden konnten und der Aussage man könne ja jedes Ratsmitglied jederzeit anrufen versuchte die CDU ihre Ablehnung zu begründen.“ so Schweer weiter.